

### INHALT

- |   |   |
|---|---|
| <p>27. Information über die Anmeldung von Bedarfszuweisungswünschen</p> <p>28. Richtlinien der Landesregierung über die Gewährung von Zuschüssen zum Personalaufwand für die Gemeindefeldaufseher</p> | <p>29. Abgabenertragsanteile der Gemeinden Juli 2014</p> <p>30. Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis Juli 2014<br/><i>Verbraucherpreisindex für Mai 2014 (vorläufiges Ergebnis)</i></p> |
|---|---|

## 27.

### Information über die Anmeldung von Bedarfszuweisungswünschen

#### Anträge

Anträge auf Gewährung von Bedarfszuweisungen aus dem Gemeindeausgleichsfonds können nur Gemeinden und Gemeindeverbände stellen.

Die Bedarfszuweisungen sind im Portal Tirol in der Gemeindeanwendung zu beantragen.

Als Grundlage eines Bedarfszuweisungsantrages hat die Gemeinde ein Vorhaben anzulegen.

Als Nachfolger zu einem Vorhaben wird ein Bedarfszuweisungsantrag (BDZW Antrag, BDZW Antrag-V, Feuerwehr BDZW Antrag) angelegt. Dabei werden die im Vorhaben bereits erfassten Daten des Allgemeinen Teils und des Haushaltsteils automatisch übernommen.

Im Bedarfszuweisungsantrag ist im Bereich Zuschüsse der von der Gemeinde beantragte Bedarfszuweisungsbetrag anzugeben. Bei Vorhaben, deren Ausführung sich über mehrere Jahre erstreckt, sind die Zuschüsse für den gesamten Zeitraum (alle Jahre) zu erfassen. Bei mehrjährigen Zusagen ist eine jährliche Antragstellung nicht notwendig.

Bedarfszuweisungsanträge sollen nur für jene Vorhaben gestellt werden, deren Umsetzung auch tatsächlich im nächsten Jahr realistisch erscheint.

Beim **Vorhaben/Antrag** ist im Feld „**Beschreibung**“ Folgendes anzugeben:

- **konkrete Beschreibung** des Vorhabens,
- **Darlegung (Begründung) der Notwendigkeit** der Umsetzung des Vorhabens und
- **gegebenenfalls gemeindeübergreifende oder regionale Auswirkungen** des Vorhabens.

Nähere Erläuterungen, wie Kostenvoranschläge, Berechnungen über Folgekosten, Raum- und Funktionsprogramme, die auch eine sinnvolle Mehrfachnutzung erkennen lassen, können unter Mitteilungen angeschlossen werden.

Die Bedarfszuweisungsanträge sind, wie im Arbeitsablauf vorgesehen, über die/den BürgermeisterIn an die zuständige Bezirkshauptmannschaft weiterzuleiten.

#### Antragsfristen

Anträge für das folgende Haushaltsjahr und spätere Haushaltsjahre sind längstens bis **Freitag, den 19. September 2014**, einzubringen.

Die Anträge in der Gemeindeanwendung sind grundsätzlich vor Beginn der Ausführung des Vorhabens einzubringen.

#### Prüfung der Anträge

Die Prüfung der Anträge obliegt der Bezirkshauptmannschaft im Einvernehmen mit der Abteilung Gemeinden und dem Büro des Gemeindefeldreferenten der Tiroler Landesregierung.

Primär ist zu prüfen, ob und inwieweit für die Finanzierung des Vorhabens eine Bedeckung aus dem ordentlichen Haushalt, eine Entnahme von Rücklagen, eine Fremdfinanzierung, ein verlorener Zuschuss von dritter Seite oder dergleichen in Frage kommt. Bei der Prüfung der Dringlichkeit ist erforderlichenfalls eine Reihung vergleichbarer Vorhaben im Bezirk vorzunehmen. Dabei ist nach objektiven und nachvollziehbaren Maßstäben vorzugehen. Bei der Prüfung der Bedürftigkeit ist in erster Linie von der möglichen Finanzausstattung bei Ausschöpfung aller zumutbaren Einnahmequellen auszugehen.

Die Gemeinden/Gemeindeverbände sind verpflichtet, einschlägige Fragen der Bezirkshauptmannschaft bzw. der Abteilung Gemeinden unverzüglich zu beantworten.

Das Ergebnis der Prüfung wird den BürgermeisterInnen – wie im Vorjahr mit der Möglichkeit eines persönlichen Gesprächstermins mit Herrn Landesrat – schriftlich mitgeteilt.

#### **Zusicherung, Entscheidung, Auszahlung**

Der Gemeindereferent sichert anschließend der Gemeinde/dem Gemeindeverband die Bedarfszuweisungen schriftlich zu. In der Zusicherung werden die Gemeinde/der Gemeindeverband, das Haushaltsjahr, der Zweck und die Höhe der Bedarfszuweisung bestimmt. In die Zusicherung werden allenfalls erforderliche Bedingungen aufgenommen. Die Zusicherung kann aus wichtigen Gründen widerrufen werden.

Die Zusicherung stellt in ihrer rechtlichen Qualität eine Verwendungszusage dar, die die Gemeinde/den Gemeindeverband in die Lage versetzen soll, mit der weiteren Planung des Vorhabens fortzufahren bzw. mit der Ausführung des Vorhabens zu beginnen. **Für die Finanzplanung des Gemeindeausgleichsfonds ist es erforderlich, dass schriftliche Zusagen unverzüglich in der Gemeindeanwendung erfasst werden.**

Zeitverzögerungen bei der Abwicklung von Vorhaben, welche die Auszahlung einer zugesagten Bedarfszuweisung um ein bzw. mehrere Jahre verschieben, müssen der Bezirkshauptmannschaft umgehend bekannt gegeben werden. Eine „automatische“ Übertragung der zugesagten Förderung erfolgt nicht.

Wurde mit der Ausführung des Vorhabens begonnen, kann die Gemeinde/der Gemeindeverband einen Auszahlungsantrag stellen. Im Auszahlungsantrag sind die im Haus-

haltsteil angegebenen Kosten und die Finanzierung gegebenenfalls zu aktualisieren. Weiters ist im Bereich Mitteilungen ein **Nachweis über den bereits entstandenen bzw. unmittelbar bevorstehenden Aufwand** (Rechnungen, Zahlungsnachweise, Auszüge aus der Buchhaltung oder ähnliches) anzuschließen. Der Auszahlungsantrag ist an die Bezirkshauptmannschaft weiterzuleiten.

Die zuständige Bezirkshauptmannschaft prüft den Antrag und fordert nach Maßgabe der Dringlichkeit und Bedürftigkeit und nach Maßgabe der vorhandenen Mittel die vom Gemeindereferenten zugesicherten Bedarfszuweisungen bei der Abteilung Gemeinden an. Die Abteilung Gemeinden erstellt im Einvernehmen mit dem Gemeindereferenten den Regierungsantrag über die Gewährung der Bedarfszuweisungen aus dem Gemeindeausgleichsfonds. Über die Gewährung der Bedarfszuweisungen entscheidet die Landesregierung in kollegialer Beschlussfassung. Die Abteilung Gemeinden zahlt die mit Regierungsbeschluss gewährten Bedarfszuweisungen direkt an die Gemeinden/die Gemeindeverbände aus.

Die bestimmungsgemäße Verwendung der Bedarfszuweisungen ist von der zuständigen Gemeindeaufsichtsbehörde zu überprüfen.

Bei Fragen zur Handhabung der Portalanwendung stehen die MitarbeiterInnen der Gemeindereferate der Bezirkshauptmannschaften oder der Abteilung Gemeinden beim Amt der Tiroler Landesregierung zur Verfügung. Nähere Erläuterungen zur Handhabung der Portalanwendung finden sich in der Anwendung und als Download in der Wissensdatenbank (WIKI) unter „Gemeindeanwendung Land Tirol“.

# 28.

## Richtlinien der Landesregierung über die Gewährung von Zuschüssen zum Personalaufwand für die Gemeindegewaldaufseher

Die Tiroler Landesregierung hat am 26. Juni 2014 die folgenden Richtlinien beschlossen:

### **„Richtlinien der Landesregierung vom 26. Juni 2014 über die Gewährung von Zuschüssen zum Personalaufwand für die Gemeindegewaldaufseher**

#### § 1

##### Zuschüsse

(1) Das Land gewährt den Gemeinden zur teilweisen Deckung des Personalaufwandes für die Gemeindegewaldaufseher Zuschüsse nach diesen Richtlinien.

(2) Die Zuschüsse werden jährlich im Weg der Privatwirtschaftsverwaltung und nach Maßgabe der dafür im Landesvoranschlag vorgesehenen Mittel gewährt.

(3) Die Zuschüsse werden nur auf Antrag gewährt.

#### § 2

##### Berechnungsgrundlage, Aufteilung auf die einzelnen Gemeinden

(1) Berechnungsgrundlage für die insgesamt zu leistenden Zuschüsse ist der von den Tiroler Gemeinden ausschließlich der Landeshauptstadt Innsbruck zu leistende Personalaufwand für die Gemeindegewaldaufseher (§ 10 der Tiroler Waldordnung 2005, LGBl. Nr. 55, in der jeweils geltenden Fassung) abzüglich der nach der zit. Bestimmung von diesen Gemeinden maximal zu erhebenden Waldumlage.

(2) Die in Summe an die Tiroler Gemeinden zu leistenden Zuschüsse werden – ausgehend von der Berechnungsgrundlage nach Abs. 1 – auf die einzelnen Gemeinden im Verhältnis ihrer Finanzkraft nach § 21 Abs. 5 des Tiroler Mindestsicherungsgesetzes, LGBl. Nr. 99/2010, in der im Zeitpunkt der Vorschreibung der Umlage jeweils geltenden Fassung (Finanzkraft II), aufgeteilt.

(3) Dabei erhalten Gemeinden, deren Finanzkraft II über dem landesweiten Durchschnitt der Tiroler Gemeinden einschließlich der Landeshauptstadt Innsbruck liegt,

a) einen Zuschuss in voller Höhe, wenn sie die maximal zu erhebende Waldumlage tatsächlich erheben,

b) einen um 50 v. H. reduzierten Zuschuss, wenn sie bis zu 50 v. H. der maximal zu erhebenden Waldumlage tatsächlich erheben,

c) keinen Zuschuss, wenn sie keine Waldumlage erheben.

#### § 3

##### Inkrafttreten

Diese Richtlinien treten mit 1. Juli 2014 in Kraft; sie sind erstmals auf die zum Personalaufwand 2013 zu gewährenden Zuschüsse anzuwenden.“

Die Antragstellung erfolgt über die Gemeindeanwendung im Portal Tirol.

## 29.

## Abgabenertragsanteile der Gemeinden Juli 2014

Ertragsanteile an	Juli		Änderung	
	2013	2014	in Euro	in %
<b>EINKOMMEN- UND VERMÖGENSTEUERN:</b>				
Veranlagter Einkommensteuer	7.690.240	8.037.978	347.738	4,52
Lohnsteuer	18.506.760	20.134.666	1.627.905	8,80
Kapitalertragsteuer	1.953.097	2.552.330	599.233	30,68
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	394.748	518.002	123.254	31,22
Körperschaftsteuer	10.947.347	11.702.607	755.261	6,90
Abgeltungssteuern Schweiz	0	1.518	1.518	0,00
Abgeltungssteuern Liechtenstein	0	0	0	0,00
Erbschafts- und Schenkungssteuer	26.912	1.770	-25.142	-93,42
Stiftungseingangssteuer	2.776	6.538	3.762	135,49
Bodenwertabgabe	181.037	188.363	7.326	4,05
Stabilitätsabgabe	806.755	690.761	-115.994	-14,38
<b>Su. Einkommen- und Vermögensteuern</b>	<b>40.509.673</b>	<b>43.834.534</b>	<b>3.324.860</b>	<b>8,21</b>
<b>SONSTIGE STEUERN:</b>				
Umsatzsteuer *)	20.334.057	20.575.601	241.544	1,19
Abgabe von alkoholischen Getränken	28	33	4	14,46
Tabaksteuer	1.293.662	538.363	-755.298	-58,38
Biersteuer	226.143	146.090	-80.052	-35,40
Mineralölsteuer	3.362.040	3.232.009	-130.030	-3,87
Alkoholsteuer	89.371	118.484	29.113	32,58
Schaumweinsteuer	586	3.233	2.647	451,90
Kapitalverkehrsteuern	35.495	23.218	-12.277	-34,59
Werbeabgabe	360.230	448.462	88.232	24,49
Energieabgabe	1.197.867	860.401	-337.466	-28,17
Normverbrauchsabgabe	440.139	404.083	-36.056	-8,19
Flugabgabe	78.650	76.402	-2.247	-2,86
Grunderwerbsteuer	6.374.684	6.663.289	288.606	4,53
Versicherungssteuer	752.519	780.033	27.514	3,66
Motorbezogene Versicherungssteuer	1.272.291	1.826.925	554.634	43,59
KFZ-Steuer	76.240	79.607	3.368	4,42
Konzessionsabgabe	143.924	131.638	-12.286	-8,54
<b>rechnungsmäßig Ertragsanteile</b>	<b>36.037.925</b>	<b>35.907.872</b>	<b>-130.053</b>	<b>-0,36</b>
abzüglich: Gemeindeanteil am Pflegegeld	879.083	879.083	0	0,00
<b>Summe sonstige Steuern</b>	<b>35.158.842</b>	<b>35.028.789</b>	<b>-130.053</b>	<b>-0,37</b>
Kunstförderungsbeitrag	0	0	0	0,00
<b>Summe Ertragsanteile der Gemeinden *)</b>	<b>75.433.919</b>	<b>78.628.713</b>	<b>3.194.794</b>	<b>4,24</b>
*) davon:				
Getränkesteuerausgleich	5.442.618	5.478.371	35.752	0,66
Werbesteuerausgleich	57.837	71.908	14.071	24,33
Werbeabgabe nach der Volkszahl	302.393	376.553	74.160	24,52
Ausgleich Abschaffung Selbstträgerschaft	250.835	250.835	0	0,00
*) Überweisungsbetrag = Summe EA abzüglich Finanzierungsanteil für Finanzkraftstärkung (§ 11 Abs. 1 FAG)				
	234.596	234.609	13	0,01

## 30.

## Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis Juli 2014

Ertragsanteile an	Jänner - Juli		Änderung	
	2013	2014	in Euro	in %
<b>EINKOMMEN- UND VERMÖGENSTEUERN:</b>				
Veranlagter Einkommensteuer	15.581.957	20.119.599	4.537.641	29,12
Lohnsteuer	132.708.986	140.913.893	8.204.907	6,18
Kapitalertragsteuer	6.904.719	8.016.519	1.111.800	16,10
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	4.034.287	4.010.778	-23.509	-0,58
Körperschaftsteuer	33.297.621	37.403.060	4.105.439	12,33
Abgeltungssteuern Schweiz	0	687.928	687.928	100,00
Abgeltungssteuern Liechtenstein	0	0	0	0,00
Erbschafts- und Schenkungssteuer	80.961	95.101	14.140	17,46
Stiftungseingangssteuer	49.994	36.304	-13.691	-27,38
Bodenwertabgabe	457.397	442.809	-14.588	-3,19
Stabilitätsabgabe	2.759.764	2.694.356	-65.408	-2,37
<b>Su. Einkommen- und Vermögensteuern</b>	<b>195.875.687</b>	<b>214.420.346</b>	<b>18.544.659</b>	<b>9,47</b>
<b>SONSTIGE STEUERN:</b>				
Umsatzsteuer *)	137.005.773	140.193.918	3.188.146	2,33
Abgabe von alkoholischen Getränken	161	159	-2	-0,95
Tabaksteuer	8.971.859	8.448.280	-523.579	-5,84
Biersteuer	1.094.628	919.624	-175.004	-15,99
Mineralölsteuer	23.115.908	21.118.834	-1.997.073	-8,64
Alkoholsteuer	769.842	1.385.959	616.117	80,03
Schaumweinsteuer	6.720	8.771	2.051	30,52
Kapitalverkehrsteuern	270.987	602.416	331.430	122,30
Werbeabgabe	2.359.136	2.411.935	52.799	2,24
Energieabgabe	5.420.066	5.382.210	-37.856	-0,70
Normverbrauchsabgabe	2.465.568	2.478.892	13.324	0,54
Flugabgabe	551.488	520.673	-30.816	-5,59
Grunderwerbsteuer	48.097.826	50.386.811	2.288.985	4,76
Versicherungssteuer	6.119.368	6.299.720	180.352	2,95
Motorbezogene Versicherungssteuer	8.532.491	9.488.953	956.462	11,21
KFZ-Steuer	231.879	274.485	42.606	18,37
Konzessionsabgabe	1.354.646	1.287.128	-67.518	-4,98
<b>rechnungsmäßig Ertragsanteile</b>	<b>246.368.345</b>	<b>251.208.767</b>	<b>4.840.423</b>	<b>1,96</b>
abzüglich: Gemeindeanteil am Pflegegeld	6.153.583	6.153.583	0	0,00
<b>Summe sonstige Steuern</b>	<b>240.214.761</b>	<b>245.055.184</b>	<b>4.840.423</b>	<b>2,02</b>
Kunstförderungsbeitrag	83.801	84.708	907	1,08
<b>Ertragsanteile der Gemeinden ohne Zwischenabrechnung</b>	<b>435.939.653</b>	<b>459.325.629</b>	<b>23.385.976</b>	<b>5,36</b>
Zwischenabrechnung **)	6.143.123	1.148.232	-4.994.891	-81,31
<b>Ertragsanteile gesamt</b>	<b>442.082.776</b>	<b>460.473.861</b>	<b>18.391.085</b>	<b>4,16</b>
*) davon:				
Getränksteuerenausgleich	36.919.852	37.679.970	760.119	2,06
Getränksteuerenausgleich **)	634.876	118.400	-516.476	-81,35
Summe Getränksteuerenausgleich	37.554.728	37.798.370	243.643	0,65
Werbesteuernausgleich	378.775	386.741	7.966	2,10
Werbeabgabe nach der Volkszahl	1.980.362	2.025.194	44.832	2,26
Ausgleich Abschaffung Selbstträgerschaft	1.755.845	1.755.845	0	0,00

## VERBRAUCHERPREISINDEX FÜR APRIL 2014

(vorläufiges Ergebnis)

	April 2014 (endgültig)	Mai 2014 (vorläufig)
<b>Index der Verbraucherpreise 2010</b>		
Basis: Durchschnitt 2010 = 100	109,7	110,0
<b>Index der Verbraucherpreise 2005</b>		
Basis: Durchschnitt 2005 = 100	120,1	120,5
<b>Index der Verbraucherpreise 2000</b>		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	132,8	133,2
<b>Index der Verbraucherpreise 96</b>		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	139,8	140,1
<b>Index der Verbraucherpreise 86</b>		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	182,8	183,3
<b>Index der Verbraucherpreise 76</b>		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	284,1	284,9
<b>Index der Verbraucherpreise 66</b>		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	498,6	500,0
<b>Index der Verbraucherpreise I</b>		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	635,3	637,0
<b>Index der Verbraucherpreise II</b>		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	637,4	639,1

Der Index der Verbraucherpreise 2010 (Basis: Durchschnitt 2010 = 100) für den Kalendermonat Mai 2014 beträgt 110,0 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber dem Stand für April 2014 um 0,3% gestiegen (April 2014 gegenüber März 2014: + 0,1%). Gegenüber Mai 2013 ergibt sich eine Steigerung um 1,8% (April 2014/2013: +1,7%).

### MEDIENINHABER (VERLEGER):

**Amt der Tiroler Landesregierung,**

**Abteilung Gemeinden,**

6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370

[www.tirol.gv.at/merkblatt-gemeinden](http://www.tirol.gv.at/merkblatt-gemeinden)

*Für den Inhalt verantwortlich:* Mag. Christine Salcher

*Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz:* Medieninhaber Land Tirol

*Erklärung über die grundlegende Richtung:* Information der Gemeinden

*Druck:* Eigendruck